

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Rieser Tageblatt
Grosshain Nr. 20.
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grosshain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsamt
Rieser Tageblatt
Grosshain Nr. 20.
Postfach Nr. 22.

Nr. 45.

Freitag, 22. Februar 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Austritts von Abonnenten vor Ablauf des Monats, bezogenen der Abnahme der Zeitungsnummer, sind die 25 Pfennig an dem Tag der Abnahme zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 25 Nummern des Monatsheftes sind 6 Mark 25 Pfennig; die 25 Nummern des Monatsheftes sind 100 Mark 25 Pfennig; zeitweiliger und tabellarischer Satz 50%, Kustlag, feste Tarife, bezugslos. Redaktionen, wenn der Vertrag verfallen, durch den Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungen und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Spazier an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsstellen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Fortsetzung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Redaktionsbesuch und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Postfach Nr. 22. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Wittich, Riesa.

Unterhöllter Volkswirtschaft.

Trochis Einreisegebot an die Reichsregierung hat wieder einmal die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die Dinge gelenkt, die sich zur Zeit in Sowjetrußland abspielen und die, wie die "Kulturzeitung" Trochis zeigt, eine tiefenhaftige Gestaltung angenommen haben müssen. Wenn man sich die augenblicklichen Verhältnisse im Sowjetrußland vor Augen hält, wird man bald erkennen können, daß nicht der Ueberholtschismus eines Trochis oder die scharfe Rechtsopposition eines Ducharin die Wahrung in Rußland werden ließen, nur das nicht mehr abzusehende Risiko der wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen der Sowjets selbst. Der Ueberholtschismus und die Rechtsopposition wären dem herrschenden Regime in Rußland bestimmt keine Gefahr, wenn sie nicht in den traurigen wirtschaftlichen Verhältnissen, der Lebensmittelnot und den Inflationsercheinungen des Landes einen so vortrefflichen Nährboden erhalten hätten. So kann man sagen, daß Ueberholtschismus und Rechtsopposition in Rußland weniger die Träger der Krise als mehr Symptom einer Verfallerscheinung sind.

Bei der hermetischen Absperrung der russischen Grenzen ist es natürlich recht schwer, sich aus der Ferne ein genaues und auch mit den vorliegenden Tatsachen übereinstimmendes Bild der augenblicklichen Verhältnisse in Sowjetrußland zu machen. Immerhin bieten die Nachrichten, die trotz der Grenzsperrung in das kapitalistische Ausland dringen, genügend Anhaltspunkte, um festzustellen, mit welchen Schwierigkeiten augenblicklich die Sowjets zu kämpfen haben. Daß die Agrar- und Wirtschaftspolitik Stalins ein Ubles Risiko erlitten hat, das geht schon daraus hervor, daß die Sowjets sich dazu entschließen mußten, größere Partien von Lebensmitteln aus dem Ausland einzuführen. Welche Rückschlüsse man aus solchen Auslandsankäufen ziehen kann, läßt sich erkennen, wenn man sich den Getreideerzeugung Rußlands vor Augen führt. Diese Feststellung deutet auch darauf hin, daß Stalins Kampf gegen die Bauern des Landes mit einem empfindlichen Fehlschlag für das bolschewistische Regime geendet hat. Die Bauern bauen in der Regel nur soviel Getreide an, wie sie für ihren eigenen Bedarf gebrauchen. Die Städte und mit ihnen die Arbeiter haben das Nachsehen.

Zu dieser Lebensmittelnot im Lande treten weiter gewisse Inflationsercheinungen. In der Tat ist der Sowjetrußland im Laufe des letzten Jahres im Innern des Landes beträchtlich gesunken. Nach dem Reichsrußland war er im Privatmarkt am 1. Oktober vorigen Jahres nur 88,04 Kopelen, am 1. Dezember 87,04 Kopelen wert, während er in Rußland von 85,83 Kopelen im Oktober auf 84,56 Kopelen im Dezember gesunken war. Die Ursachen dieser Inflationsercheinungen liegen in dem Versagen der Sowjetregierung beim Einkauf von Lebensmitteln. Die Folge ist natürlich eine große Teuerung im Lande, die umso schwerwiegender sich auswirken muß, als im allgemeinen die Löhne der Arbeiter, besonders aber die Gehälter der mittleren Beamten außerordentlich niedrig sind. Daß eine solche Not im Innern nicht gerade propagandistisch für die angeblichen Segnungen des bolschewistischen Regimes wirken kann, versteht sich von selbst. Eine Unzulänglichkeit der Verpflegung wird aber für das Verwaltungssystem des Landes höchst bedenklich, wenn eine Opposition vorhanden ist, die es strapellos versteht, die Schwächen des Regimes und seine Fehlschläge wirkungsvoll für ihre Gegenpropaganda auszunutzen. Die Agitationskraft eines Trochis mag noch so groß sein, sie wäre bestimmt ohnmächtig geblieben, wenn nicht die Verhältnisse im Lande selbst ihr das nötige Instrument geboten hätten. Man darf niemals vergessen, daß Trochis im letzten Jahre in der Verbannung gelebt hat, daß er in seinem weitentlegenen sibirischen Aufenthaltsort Tag und Nacht auf das strengste bewacht wurde, und daß es ihm trotzdem gelang, einen "Trochismus" zu schaffen, der immer bestimmer seine Forderungen betont.

Neben dem Trochismus entsteht Stalins und der herrschenden Partei in der Rechtsopposition Ducharin ein neuer gefährlicher Feind. Ducharin ist ein Wissenschaftler mit einer glänzenden Dialektik, dem es jetzt nicht schwer fällt, die großen Fehler der Bauernpolitik Stalins nachzuweisen und das ganze Wirtschaftsprogramm der Sowjets als eine Utopie lächerlich zu machen. Sehr interessant ist es hier, festzustellen, daß sowohl Ducharin als auch Trochis in ihrem Kampf gegen Stalins die Anschauungen eines Benins dem Programm Stalins gegenüberstellen und so nachzuweisen versuchen, daß die Sowjets allmählich die Ideen Benins verfallen hätten. Der Angriff der beiden Oppositionsgruppen geht also aufs Ganze. Wenn man nun feststellen hat, daß trotz der Gefahr, die dem heutigen Regime in Rußland durch den Ueberholtschismus und die Rechtsopposition droht, Stalins es nicht wagt, Trochis nach "bewährtem Muster" ungeschädlich zu machen, so erhält man nur einen neuen Beweis dafür, welcher Popularität sich Trochis heute in Rußland noch erfreut. Dieser Trochis will jetzt in Berlin seinen künftigen Aufenthalt nehmen. Das ist derselbe Mann, der die russische Revolution vorbereitete, immer und immer wieder der zaristischen Polizei ein Schwappen schlug, der ein jenseitiger Diktator, ein Agitator von hohen Graden ist, der trotz seiner Verbannung einen Trochismus geschaffen hat. Dieser Mann soll nun plötzlich als friedlicher Durchschnittsbürger über den Kaiserlichen Hof in Berlin wandern? Man kann dies nicht glauben, solange man weiß,

Immer noch Verkehrsdebatte im Reichstag.

Abg. Berlin, 21. Februar 1929, 2 Uhr.

Im Reichstag war heute die Plenarsitzung kurz, weil man den Fraktionen genügend Zeit zu ihren Sitzungen lassen wollte. Das ist umso notwendiger, als die Verhandlungen über die Koalitionsbildung jetzt eine Wendung bekommen haben durch den Vorschlag, einen Reichsminister sozusagen als Verbindungsmann auch zum preussischen Minister ohne Portefeuille zu machen. Die Unterhandlungen zwischen der Deutschen Volkspartei und den übrigen Parteien der Großen Koalition darüber scheinen noch nicht endgültig abgeschlossen zu sein.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Dippel (Soz.) die vom Reichsarbeitsministerium vorgelegten Reichsrichtlinien zum Wohnungswesen dem Wohnungsausschuss zu überweisen.

Der Antrag wird ohne Aussprache angenommen.

Darauf wird die Aussprache über

Die Betriebssicherheit der Reichsbahn

fortgesetzt.

Abg. Groß (Ztr.) betont, die Presse habe sich um das Wohl der Allgemeinheit verdient gemacht dadurch, daß sie die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit einer Verbesserung der Betriebssicherheit lenkte. Mit vollem Recht habe der Minister den Zusammenhang zwischen dieser Frage und der Reparationslast betont. Der Generaldirektor Dornmüller werde wesentlich inwieweit seine Ansicht, daß ein solcher Zusammenhang nicht bestehe, geändert haben. In einem allgemeinen Mißtrauen gegen die Betriebssicherheit der deutschen Reichsbahn sei kein Grund vorhanden; aber es befänden sich doch noch manche Mängel, die abgeheilt werden müßten. Im Rangdienst werde oft mit Wissen und Willen der Vorgesetzten gegen die bestehenden Vorschriften verstoßen (Drill Drill). Die dem Eisenbahnpersonal in der Dienstzeit gezahlte Anerkennung sei wohl verdient. Der Redner verlangt weiter eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, vor allem eine Verkürzung der Arbeitszeit. Das Wagenmaterial müsse erneuert werden. Die auf der Reichsbahn ruhende Reparationslast ist viel zu hoch, sie hindert auch an dem notwendigen Ausbau des Verkehrsnetzes im östlichen Grenzgebiet. Sie hindert auch an den nötigen Einrichtungen zur Erhöhung der Betriebssicherheit.

Abg. Berg (Komm.) wendet sich gegen die Erklärung des Ministers. Sie widerspreche den Feststellungen der Denkschrift des Untersuchungsausschusses. Diese Denkschrift sei aber auch nur ein Kompromiß gewesen. Die Zustände seien in Wirklichkeit viel schlimmer. Das Eisenbahnpersonal verrichte seinen Dienst unter ganz unzumutbaren Arbeitsbedingungen. Mit dem System Dornmüller müsse aufgeräumt werden.

Abg. Dr. Mittelmann (Dop.) erklärt, die Feststellung des Untersuchungsausschusses über die Betriebssicherheit der Reichsbahn sei nur für die Gegenwart zureichend, könne aber nicht mehr in fünf Jahren gelten, wenn das jetzige System beibehalten wird. Die Frage der Betriebssicherheit der Reichsbahn sei letzten Endes eine finanzielle Frage. Es sei ein unerträglich Zustand, wenn für das Eisenbahnerzeugnis die finanzielle Lage der Reichsbahn sei anzuerkennen, aber in steuerlicher Beziehung sei sie den Verkehrsunternehmungen im privaten Hand gegenüber bedeutend bevorzugt. Bei den Reparationsverhandlungen müsse dafür gesorgt werden, daß die Reichsbahn entlastet und in die Lage versetzt wird, ihren Betrieb zu verbessern und zu sichern. Das deutsche Volk könne sich auf keine Reichsbahn leisten.

Die Beratung wird hierauf abgebrochen. Ohne Aussprache werden dann in erster und zweiter Beratung angenommen das deutsch-polnische Abkommen über die Freizone in Grenzgebieten; das Zusatzabkommen zum deutsch-schwedischen Handelsvertrag und die Aufhebung der

wer dieser Mensch Trochis ist. Und würde es daher begreifbar, wenn die Reichsregierung im Interesse der Beziehungen Deutschlands zu Rußland und auch im Interesse der inneren Ruhe im Reich es ablehnen würde, einem Manne Anrecht zu gewähren, dessen Leben nur Aufruhr bedeutet.

Sparvorschläge der Deutschen Volkspartei.

Abg. Berlin. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat in ihrer gestrigen Sitzung zur Frage der Wahrung des Haushalts folgenden Vorschlag gefaßt:

1. Der Haushaltsplan ohne neue Steuern angelegentlich werden.
2. Um dies zu erreichen, ist der Haushalt um rund 300 Millionen zu entlasten.
 - a) von dieser Gesamtsumme sind rund 200 Millionen durch Abstrich im ordentlichen Haushalt 1929 zu eripieren.
 - b) Angesichts der Finanznot des Reiches und der Überlastung der Wirtschaft ist auch in Ländern und Gemeinden größte Sparlichkeit unabweisbar. Wir halten es für unbedingt erforderlich, daß die den Ländern auf Grund bestehender Vorschriften zufließenden Beträge aus den Ueberwinnungssteuern nicht nur um die von der Regierung vorgeschlagenen 120 Millionen, sondern um 300 Millionen gekürzt werden, zumal die Länder trotz dieser Kürzung noch

Verordnung über die Sicherung der Landwirtschaft. Um 4 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag, 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Reichsbahn-Debatte und die Interpellation zur Panzerkreuzer-Denkmal.

Wiedereinführung der kleinen Anfragen.

Abg. Berlin. Der Geschäftsausschuss der Reichstages schlug für den § 61 der Geschäftsordnung folgende neue Fassung vor: Die zugelassenen Fragen beim Präsidenten der Reichsregierung mit, und legt sie auf die Tagesordnung, sobald die Reichsregierung es wünscht oder wenn binnen 14 Tagen keine schriftl. Antwort erfolgt ist. § 62 der Geschäftsordnung bestimmt bisher, daß in jeder Woche die erste Stunde einer Sitzung zur Beantwortung kleiner Anfragen verwendet werden kann. Statt „in jeder Woche“ schlägt der Ausschuss vor zu sagen „je nach Bedarf“.

Tariffragen der Reichsbahn.

Abg. Berlin. Der Verkehrsausschuss des Reichstages nahm den demokratischen Antrag an, wonach die Reichsregierung bei der Reichsbahn dahin wirken soll, daß die blühenden Städte, die in Durchführung der vom Reich finanzierten Städtelastaktion umgekehrt werden, beim Umsatz möglichst weitgehende Frachtergünstigungen erhalten. Hingefügt wurde noch, daß hierfür eventuell besondere Mittel des Reiches oder der Länder bereitgestellt werden sollen. — Ein demissionärer Antrag betreffend Frachtergünstigungen für Düngemittel, Ausbreitung der Frachtergünstigungen für Ölspreu und betreffend Frachtergünstigungen für die Beförderung von Düngemitteln wurde an den wirtschaftlichen Ausschuss weitergeleitet.

Die Strafrechtsreform im Auschuss.

Abg. Berlin. Der Reichstagsausschuss für das Strafrecht vertrat am Donnerstag den § 180 (Bestrafung einer Religionsgemeinschaft) mit den dazu vorliegenden Entwürfen an den Unterausschuss. § 181 (Bestrafung von Ehedauern des Gottesdienstes) wurde in der Fassung der Regierungsvorlage mit dem Ausdruck „abfällige“ angenommen. Auch § 182 (Eidung der Bekantungsfelder) wurde unpariert genehmigt. Der Reichsjustizminister erklärte dazu, daß nach dem Entwurf im Gegensatz zum geltenden Recht alle Bekantungsfelder religiöser oder nicht religiöser Art in gleicher Weise strafrechtlich geschützt werden sollen. Der Abschnitt „Landesverrat“ wurde weiterhin zurückgestellt, nachdem der Reichsjustizminister erklärt hatte, daß die Vorschläge des Entwurfes völlig überarbeitet werden müßten. Eine abschließende Ministerbesprechung darüber werde voraussichtlich am Sonnabend stattfinden.

Hierauf begann die Beratung des 11. Abschnittes (Wein- und falsche Auslage). Der Beratung wurde eine vom Justizminister überreichte Neufassung mit zurunde gelegt, die auf den Vorschlägen aufgebaut ist, die nach dem Entwurfsgesetz zum neuen Strafgesetzbuch und zum Strafvollzugsgesetz zur Einschränkung der Eide in die Prozeßgesetze aufgenommen werden sollen.

Der Berichterstatter Abg. Dr. Emminger (Bayer. Sp.) wies aus, daß die Mehrheit sich nicht habe entschließen können, ganz auf die Strafbarkeit des falschen Eides und des falschen Falles zu verzichten. Die neuen Vorschläge der Regierung zur Einschränkung der Eide sind seien unzulänglicher Art. Eine wissenschaftlich falsche Befristung solle bestraf werden. Bei einer falschen eiblichen Aussage könne in leichten Fällen von Strafe abgesehen werden. Der Berichterstatter erklärte, die neue Fassung ablehnen zu müssen.

Weiterberatung Freitag.

immer erheblich mehr erhalten, als die ihnen gewährleistete Mindestsumme von 2600 Millionen. Da eine Erhöhung der Reallohnern dem Zwecke der Sparmaßnahmen widersprechen würde, so sind geeignete Vorkehrungen gegen solche Erhöhungen zu treffen.

o) Nicht nur aus steuerlichen, sondern vor allem aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus fordern wir die steuerliche Wertschätzung der Betriebe der öffentlichen Hand mit denen der Privatwirtschaft.

Dieser Beschluß wurde dem Reichstagsleiter mitgeteilt.

Demissionäre Anträge.

Abg. Berlin. Die Demissionäre Reichstagsfraktion hat, entsprechend einer Anregung der früheren Reichstagsabgeordneten Frau Behm, einen Beschlusseinstellung zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes eingebracht, wonach von der Umsatzsteuer auch Ausgangsbetriebe befreit sein sollen, denen der Auftraggeber nicht nur Stoffe, sondern auch alle zur Aufbereitung der Lieferung notwendigen Zutaten liefert und die in der Regel nicht mehr als drei Hilfskräfte beschäftigen. In einem anderen Antrag wird die Reichsregierung ersucht, angesichts der ungeheuren Notlage der Rüstungskücherei, die durch den ungewöhnlich hohen und langen Winter hervorgerufen ist, sofort ausreichende Mittel zu beschaffen für die Rüstungskücherei zur Verfügung zu stellen.